



**“Eine andere
Zukunft ist möglich”**

José Bové

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

Ich unterscheide mich von den anderen Präsidentschaftskandidaten.

Ich gehöre keiner Partei an, komme aus der Bauerngewerkschaft, gehöre zur Altermondialismus-Bewegung und bin engagierter Staatsbürger.

Von tausenden sowohl politisch aktiven wie inaktiven Frauen und Männern unterschiedlichster politischer Richtung, wurde ich gebeten, ihr Kandidat für das Präsidentenamt zu sein.

Ich bitte Sie um Ihre Stimme als **Sprachrohr einer Bewegung von Millionen Bürgerinnen und Bürgern**, die unter Prekarität und sozialer Unsicherheit leiden, die ein politisches System beanstanden, das von wenigen großen Parteien in Besitz genommen wurde, und die um ihrer selbst und der kommenden Generationen willen um die Zukunft unseres Planeten besorgt sind. Wie Sie selbst glaube ich nicht an den ständigen Machtwechsel zwischen der harten Rechten und der lauen Linken. Mit dem Wahlzettel halten Sie eine pazifistische Waffe in Händen, um dieses zu verdeutlichen. Vor zwei Jahren haben sich die Wählerinnen und Wähler gegen das Projekt der europäischen Verfassung aufgelehnt.

Am 22. April haben wir die Gelegenheit, dem Aufstand der Wähler gegen den ökonomischen Liberalismus Ausdruck zu verleihen.

Es ist möglich, unsere Lebensbedingungen zu verändern. Hier und jetzt können wir echte soziale, feministische, demokratische und ökologische Veränderungen durchsetzen.

Ihr Wahlzettel ist nützlich! Mit seiner Hilfe können wir die Rechte und die extreme Rechte besiegen, deren Politik soziale und ökologische Rückwärtsentwicklung bedeutet.

Ihr Wahlzettel ist hilfreich! Durch ihn kann es gelingen eine einigende alternative Linke aufzustellen, die der Gesellschaft des freien Marktes und des Profits um jeden Preis ein Ende setzt. Ihr Wahlzettel ist kostbar! Er gibt neue Hoffnung.

Am 22. April können Sie kundtun, dass eine neue Zukunft möglich ist.

Auf zu den Wahlurnen, liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger.

... habe immer nach meinen Überzeugungen ... Freiheit auf dem Spiel stand. " José Bové

Bekämpfung aller Formen von Diskriminierung Jeder Mensch hat ein Recht auf Gerechtigkeit, auf Anerkennung und auf Gleichheit, sowohl in Worten als auch in Taten. Zwischen Männern und Frauen muss wirkliche Gleichberechtigung hergestellt werden. Keine Form von Rassismus darf toleriert, sondern jede muss bekämpft werden.

- Ausarbeitung eines Rahmengesetzes, Gewalt gegen Frauen betreffend, Bildung eines Ministeriums für Frauenrechte.
- Verbesserung der Schulprogramme mit dem Ziel einer Entkolonisierung.
- rechtliche Anerkennung illegaler Einwanderer, aktives und passives Wahlrecht für ausländische Mitbürger/-innen.
- Wiedereinführung eines echten Asylrechtes.
- Annullierung der Gesetze, die Rechte von Migranten einschränken.
- Aufhebung der BAC.
- Rechtsgleichheit für gleichgeschlechtliche Paare und Transsexuelle (Möglichkeit von Heirat und Adoption).

Aufbau einer Welt des Friedens und der Solidarität durch gemeinschaftliche Teilhabe an den Ressourcen Wir möchten, dass Frankreich sich von einer wirtschaftsliberalen Politik distanziert, die den Konkurrenzkampf der Völker untereinander nur verstärkt und wirtschaftliche sowie bewaffnete Konflikte herausfordert. Unser Land muss sich für die Einhaltung des Völkerrechtes auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit einsetzen. Es muss Mitbegründer eines gerechten Friedens auf der ganzen Welt werden.

- Reduzierung der Ausgaben für Verteidigung und Abschaffung der Atombombe, Nutzung der freiwerdenden Mittel zur Bekämpfung der extremen Armut in der Welt (Zugang zu Wasser, zu medizinischer Versorgung und zu Bildung).
- Einführung einer Steuer auf weltweite Transaktionen, Schuldenerlass für die Entwicklungsländer und sofortige Erhöhung des Entwicklungshilfebudgets auf 0,7 % des Bruttosozialprodukts.
- Wiederaufnahme der Verhandlungen über die europäischen Verträge zur Schaffung einer demokratischen, sozialen und ökologischen Basis für die europäische Einigung.
- Infragestellung der Vereinbarungen über freien Warenaustausch mit den südlichen Ländern.
- Einbindung und rechtliche Unterordnung der Welthandelsorganisation in die UNO, damit Menschenrecht vor Handelsrecht geht.
- die internationalen Finanzinstitutionen (FMI und Weltbank) müssen die Bevorzugung der Interessen der reichen Länder einstellen, denn sie behindert das Völkerrecht auf Selbstbestimmung und die eigene Zukunftsgestaltung.

Neuer demokratischer Aufschwung Wir wollen eine neue Republik errichten, offen für die Diversität der Gesellschaft, sozial und bürgernah. Beginnend bei den sozialen Rechten, soll sie die Basis der Grundrechte erweitern.

- Verminderung der Rechte des Staatspräsidenten und Erweiterung der Rechte des Parlaments.
- Einführung des Integralen Verhältniswahlrechts und dem vom Volk initiierten Referendums.
- Ausarbeitung neuer Rechte zur Überprüfung und Bewertung von Firmen durch die Beschäftigten.
- Möglichkeit eines Vetorechts für die Beschäftigten oder deren Vertreter bei Sozialplänen oder bei Auslagerung von Arbeitsplätzen
- Anerkennung des Rechts eines jeden DOMs oder TOMs auf freie Selbstbestimmung.

**Das vollständige Programm erhalten Sie auf der
Internetseite uni-e-savebove.org**

“ Was ich sage, das tue ich auch. Ich habe gehandelt, auch wenn meine eigene Partei

Ein dringender Katalog sozialer Maßnahmen Zur Bekämpfung von Armut und Prekarität, auf dem Land wie auch in den Städten und Vorstädten verpflichtet wir uns, den Lebensstandard jedes Einzelnen umgehend zu verbessern, die Einkünfte zu erhöhen und die Arbeitslosigkeit zu beseitigen.

- › Erhöhung des Mindestlohns auf 1500 € netto.
- › Aufstockung der individualisierten Sozialhilfe um 300 €.
- › Landesweite Verhandlungen über Löhne und Gehälter mit dem Ziel einer generellen Erhöhung von 300 €.
- › Freistellung von 10 Milliarden € zur Schaffung einer Beihilfe für Jugendliche in Ausbildung oder auf der Suche nach einem ersten Arbeitsplatz.
- › Herabsetzung des Renteneintrittsalters auf 60 Jahre, nach 37,5 Versicherungsjahren; keine Rente unterhalb des Mindestlohniveaus.
- › Verbot von Entlassungen in Betrieben, die Gewinne machen.
- › Einrichtung eines Systems, das Beschäftigungssicherheit und berufliche Weiterbildung während des gesamten Berufslebens garantiert.
- › 100 prozentige Übernahme der Kosten für medizinische Vorsorge, Behandlung und Medikamente.
- › Programm für Stadtsanierung mit und für die Einwohner/-innen der Vorstädte, basierend auf der Würde, dem Wohlergehen und den Lebensbedingungen der Bewohner/-innen.

Ein neues Entwicklungsmodell Zum Schutz der Erde und zur Erhaltung der Biodiversität, wollen wir Sozialverantwortung und Ökologie verbinden und neue Wege in Produktion, Warenaustausch und Verbrauch beschreiten.

- › Vorrang abgasarmer Fahrzeuge. Gleichheit im Zugang zu öffentlichen Verkehrsmitteln; dies betrifft sowohl ihre Verfügbarkeit als auch die Tarife.
- › Verbot von genveränderten Pflanzen im freien Feld, Moratorium über den Atomreaktor EPR, für Müllverbrennungsanlagen und Autobahnprojekte.
- › Förderung einer bäuerlichen Landwirtschaft. Sie schafft Arbeitsplätze, schützt die Umwelt und garantiert Europa und der ganzen Welt die Unabhängigkeit der Ernährung.

Vorrang für den öffentlichen Dienst, für soziale und solidarische Wirtschaft

Der öffentliche Dienst ist unverzichtbar für das soziale Wohl und schafft Arbeitsplätze. Er muss verstärkt, demokratisiert und ausgebaut werden, insbesondere für Vorschulkinder und Pflegebedürftige sowie für alle mit der Umwelt zusammenhängenden Aufgabenbereiche.

- › Errichtung eines öffentlichen Dienstes für Wohnungswesen, Beenden der Ausweisungen von Mietern und des Abrisses von Sozialwohnungen, Einfrieren der Mieten, Beschlagnahmung freier und Sanierung alter Wohnungen, Bau von jährlich 120 000 Sozialwohnungen.
- › Schaffung eines eigenen Statutes für alle freiwilligen Dienste, insbesondere solche, die Alten, Behinderten und Personen in Wiedereingliederungsmaßnahmen zugute kommen.

Das Recht auf Bildung und Kultur für alle Bildung und Ausbildung müssen eine Vorrangstellung einnehmen. Durch ausreichend zur Verfügung gestellte Mittel und Planstellen muss sichergestellt werden, dass alle Kinder gleichen Zugang zu Bildung und Wissen erhalten, müssen künstlerische Freiheit und Zugang zur Kultur gewährleistet sein.

- › Aufhebung der Fillon-Gesetze, der Dezentralisierungsgesetze und der Robien-Dekrete.
- › Erhöhung des Bildungsetats auf 7% des Bruttosozialproduktes.
- › Erhöhung des Kulturetats auf 1% des Bruttosozialproduktes.
- › Neubewertung der sozialen Absicherung aller Beschäftigten in Kunst und Kultur, insbesondere bei Aushilfs- und Saisonkräften.
- › Ratifizierung der europäischen Charta für regionale Sprachen und Kultur.

... habe immer nach meinen Überzeugungen ... Freiheit auf dem Spiel stand. " José Bové

- Bekämpfung aller Formen von Diskriminierung** Jeder Mensch hat ein Recht auf Gerechtigkeit, auf Anerkennung und auf Gleichheit, sowohl in Worten als auch in Taten. Zwischen Männern und Frauen muss wirkliche Gleichberechtigung hergestellt werden. Keine Form von Rassismus darf toleriert, sondern jede muss bekämpft werden.
- Ausarbeitung eines Rahmengesetzes, Gewalt gegen Frauen betreffend, Bildung eines Ministeriums für Frauenrechte.
 - Verbesserung der Schulprogramme mit dem Ziel einer Entkolonisierung.
 - rechtliche Anerkennung illegaler Einwanderer, aktives und passives Wahlrecht für ausländische Mitbürger/-innen.
 - Wiedereinführung eines echten Asylrechtes.
 - Annullierung der Gesetze, die Rechte von Migranten einschränken.
 - Aufhebung der BAC.
 - Rechtsgleichheit für gleichgeschlechtliche Paare und Transsexuelle (Möglichkeit von Heirat und Adoption).

- Aufbau einer Welt des Friedens und der Solidarität durch gemeinschaftliche Teilhabe an den Ressourcen** Wir möchten, dass Frankreich sich von einer wirtschaftsliberalen Politik distanziert, die den Konkurrenzkampf der Völker untereinander nur verstärkt und wirtschaftliche sowie bewaffnete Konflikte herausfordert. Unser Land muss sich für die Einhaltung des Völkerrechtes auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit einsetzen. Es muss Mitbegründer eines gerechten Friedens auf der ganzen Welt werden.
- Reduzierung der Ausgaben für Verteidigung und Abschaffung der Atombombe, Nutzung der freiwerdenden Mittel zur Bekämpfung der extremen Armut in der Welt (Zugang zu Wasser, zu medizinischer Versorgung und zu Bildung).
 - Einführung einer Steuer auf weltweite Transaktionen, Schuldenerlass für die Entwicklungsländer und sofortige Erhöhung des Entwicklungshilfebudgets auf 0,7 % des Bruttosozialprodukts.
 - Wiederaufnahme der Verhandlungen über die europäischen Verträge zur Schaffung einer demokratischen, sozialen und ökologischen Basis für die europäische Einigung.
 - Infragestellung der Vereinbarungen über freien Warenaustausch mit den südlichen Ländern.
 - Einbindung und rechtliche Unterordnung der Welthandelsorganisation in die UNO, damit Menschenrecht vor Handelsrecht geht.
 - die internationalen Finanzinstitutionen (FMI und Weltbank) müssen die Bevorzugung der Interessen der reichen Länder einstellen, denn sie behindert das Völkerrecht auf Selbstbestimmung und die eigene Zukunftsgestaltung.

- Neuer demokratischer Aufschwung** Wir wollen eine neue Republik errichten, offen für die Diversität der Gesellschaft, sozial und bürgernah. Beginnend bei den sozialen Rechten, soll sie die Basis der Grundrechte erweitern.
- Verminderung der Rechte des Staatspräsidenten und Erweiterung der Rechte des Parlaments.
 - Einführung des integralen Verhältniswahlrechts und dem vom Volk initiierten Referendums.
 - Ausarbeitung neuer Rechte zur Überprüfung und Bewertung von Firmen durch die Beschäftigten.
 - Möglichkeit eines Vetorechts für die Beschäftigten oder deren Vertreter bei Sozialplänen oder bei Auslagerung von Arbeitsplätzen
 - Anerkennung des Rechts eines jeden DOMs oder TOMs auf freie Selbstbestimmung.

**Das vollständige Programm erhalten Sie auf der
Internetseite uni-e-savebove.org**

Am 22. April Millionen von nützlichen Stimmen Millionen von Stimmen für Bové

Wir sind Millionen Frauen und Männer, wir setzen uns seit mehreren Jahrzehnten für die Verbesserung unseres Lebens ein, wir kämpfen gegen Ungleichheit und Ungerechtigkeit, die durch Wirtschaftsliberalismus ausgelöst wird, wir lehnen das System der Dominierung ab, das unseren Planeten zerstört.

Am 22 April können wir unsere Lebenseinstellung, unsere Träume und unsere Wählerstimme miteinander vereinbaren:

- wir können zeigen, dass eine andere Lebensart, eine neue Produktionsweise und verändertes Konsumverhalten sowohl nötig als auch möglich sind.
- wir können die politische Rechte und extreme Rechte besiegen und all diejenigen zusammenführen, die sich nicht mit einer Linken zufrieden geben, die bereits darauf verzichtet hat, die Welt verändern zu wollen.
- wir können die Spaltung der Linken verhindern und dazu beitragen, eine alternative und antiliberaler Linke zusammenzuführen.

März 2007. Wahlkampagne in einer Vorstadt von Roubaix.



September 2000. Protest indischer Bauern gegen das Saatgutmonopol multinationaler Gesellschaften.



2002. Bové fährt zum Gefängnis, wo er eine sechsmonatige Haftstrafe antritt, zu der er wegen Aufklärung über minderwertige Nahrungsmittel verurteilt wurde.



Februar 2007. Aubagne. Beginn einer kollektiven Präsidentschaftskandidatur, ebenso getragen von politisch aktiven wie von nicht engagierten Bürgerinnen und Bürgern, von Kommunisten, Sozialisten, von Umweltschützern, Trotzlisten, Alternativen, Anarchisten, und von Aktivisten aus den Vorstädten...



Februar 2007. In Marseille, während einer großen Versammlung zur Verteidigung des öffentlichen Dienstes.



Arlette Laguiller

Kandidatin von Lutte Ouvrière

Arbeiterinnen, Arbeiter,

Die augenblicklich größten Probleme für die Arbeitenden sind die hohe Arbeitslosigkeit, der Rückgang des Lebensstandards und die zunehmende Schwierigkeit, eine angemessene Wohnung zu finden. Es gibt natürlich auch andere Probleme, wie der Zugang zu medizinischer Versorgung, die Bildung der Jugendlichen oder der Umweltschutz. Doch all diese Probleme, auch wenn sie sehr bedeutend sind, hängen zum großen Teil von den oben genannten ab.

Die Arbeitslosigkeit trifft, selbst nach den offiziellen Zahlen, die weit unter der Realität liegen, zweieinhalb Millionen Menschen. Aber mindestens ebenso zahlreich sind diejenigen, die nur unsichere Arbeitsplätze und erzwungene Teilzeitstellen haben und die aus diesem Grund mit einem Einkommen unterhalb des Smic (Mindestlohns) leben müssen. Was aus diesen Arbeitern Arme macht, teilweise sogar extrem Arme, von denen manche gezwungen sind, auf der Strasse zu leben.

Die Wohnungsnot ist seit Jahrzehnten eine weitere soziale Katastrophe, die jedoch nie so schlimm war wie heute. Laut der Fondation Abbé Pierre stehen eine Million zweihundert tausend Haushalte auf der Warteliste für eine Sozialwohnung, die nicht in genügender Zahl gebaut werden. Und zwei weitere Millionen, wenn nicht mehr, leben in Behelfsunterkünften, bei Verwandten, auf Campingplätzen oder in Elendsbehausungen.

Der Rückgang der Kaufkraft ist mittlerweile ebenso dramatisch. Der Lebensstandard der Arbeitenden und der einfachen Bevölkerung hat sich seit dreißig Jahren ständig nur verschlechtert, aufgrund des Einfrierens der Löhne sowie der steigenden Lebenshaltungskosten. Die Sécurité sociale erstattet immer weniger, die nicht-erstatteten Pauschalen werden immer mehr, was für die bescheidensten Familien-Haushalte nicht mehr zu verkraften ist.

Die Gehälter, selbst derjenigen, die nicht in ungesicherte Beschäftigungsverhältnisse geraten sind, sind eindeutig zu niedrig, selbst um die gleiche Kaufkraft wie vor dreißig Jahren zu erreichen. Dasselbe gilt für die Renten.

In all diesen lebenswichtigen Bereichen verschlechtert sich die Lage der arbeitenden Bevölkerung ständig.

So darf es nicht weitergehen!

Wie sollte man nicht die katastrophale Entwicklung der Situation der arbeitenden Bevölkerung mit den Gewinnen der großen Unternehmen und den Einkünften des Kapitals vergleichen?

Die Profite der Unternehmen steigen seit Jahren ständig. Wenn diese Profite wenigstens in die Schaffung neuer Produktivkräfte investiert würden, oder in zusätzliche Produktionsmittel, die nicht nur Arbeitsplätze schaffen würden, sondern auch so viele Verbrauchsgüter, dass es deren Preise senken würde, dann würden sie noch etwas Nützlichem dienen! Aber das ist nicht der Fall. Seit Jahren dienen die Profite nur zu falschen Investitionen, die darin bestehen, ganze oder Teile von bereits existierenden Unternehmen aufzukaufen; ein Konzentrationsprozess, der nicht nur keine neuen Arbeitsplätze schafft, sondern meistens bestehende vernichtet.

Die steigenden Profite dienen also nur dazu, sich gegenseitig aufzukaufen oder zu verkaufen. Das führt zu einer für die Wirtschaft katastrophalen Börsenspekulation, die andere Spekulationen, zum Beispiel im Immobilienhandel, nach sich zieht.

Deshalb kann keines der schwerwiegenden Probleme der arbeitenden Bevölkerung gelöst werden, ohne eine andere Verteilung der Profite durchzusetzen, die diesmal der Allgemeinheit dient.

Um der Arbeitslosigkeit ein Ende zu setzen

muss zuerst den großen Unternehmen jede Massenentlassung verboten werden, unter Androhung von Beschlagnahmung, das heißt der Enteignung ohne Rückkauf oder Entschädigung. Wenigstens ein Teil der derzeitigen und der in der Vergangenheit angehäuften Profite sollte dazu dienen, die existierenden Arbeitsplätze zu erhalten, oder sogar zusätzliche Einstellungen vorzunehmen. Anstatt dass die Einen sich durch Überstunden oder durch die Steigerung des Arbeitstempos aufreiben, während die Anderen in erzwungener Untätigkeit ermüden, muss die Arbeit bei gleich bleibendem Lohn unter Allen verteilt werden.

Der Staat seinerseits kann und muss Arbeitsplätze im Öffentlichen Dienst schaffen, denn dieser verschlechtert sich wegen mangelnden Personals überall. Das in staatlichen Krankenhäusern, in Altersheimen, im Erziehungswesen und im öffentlichen Verkehr nötige Personal muss eingestellt werden.

Um diesen notwendigen Aufwand zu finanzieren, müssen als erstes die Haushaltsausgaben neu ausgerichtet werden. Soll die Défense nationale finanziert werden, die einen so falschen Namen trägt, da sie keineswegs dazu dient, das Land zu verteidigen, sondern nur dazu, Kriege im Ausland zu führen, in Afrika oder Afghanistan? Oder sollte eher das Budget der Education nationale erhöht werden? Was ist wichtiger für die Gesellschaft: die Atomstreitmacht zu finanzieren oder Krankenhäuser und Entbindungsheime in Ortsnähe zu erhalten?

Der Staatshaushalt muss nicht nur neu ausgerichtet werden zugunsten der Ausgaben, die der ganzen Bevölkerung nutzen, auch seine Einnahmen müssen erhöht werden. Es ist ein Skandal, dass der größte Teil der Staatseinnahmen (53,1%) aus der Mehrwertsteuer und anderen indirekten Steuern kommt, die nicht progressiv sind und die vor allem die niedrigen Einkommen und in der Tat die Armen treffen. Der Teil der Steuern aus Gewinnen der Unternehmen oder der hohen Einkommen wird im Gegensatz dazu immer geringer.

Die Besteuerung der Gewinne der großen Unternehmen sowie der Einkommen der Reichen muss erhöht werden. Die Einkommenssteuer muss stark progressiv und ohne Höchstgrenze oder „bouclier fiscal“ sein. Die Mehrwertsteuer müsste hingegen stark gesenkt oder gar abgeschafft werden für die Güter des täglichen Verbrauchs.

Um das Problem der Wohnungsnot zu lösen

muss ein großer öffentlicher Dienst für das Wohnungswesen geschaffen werden, der sich darum kümmert, dringend die nötige Anzahl von Wohnungen zu bauen, das heißt wenigstens zwei Millionen in zwei Jahren, und zwar ohne die privaten Betonbauer zu beauftragen. Der Staat darf nicht zögern, die hierfür nötigen Grundstücke zu beschlagnahmen.

Um das alles zu finanzieren, müssen die 65 Milliarden Euro und mehr benutzt werden, die der Staat jährlich als öffentliche Hilfen den Unternehmen gewährt. Diese Milliarden, die von den Unternehmen schlicht und einfach ihren Gewinnen hinzugefügt werden, ohne jede Gegenleistung für die Gesellschaft, würden es erlauben, den Bau von genügend Sozialwohnungen zu finanzieren, so dass alle Wohnungsanträge befriedigt wären.

Um den Rückgang der Kaufkraft aufzuhalten

müssen alle Gehälter wenigstens um 300 Euro monatlich erhöht werden, der Smic sollte sofort auf 1500 Euro netto festgelegt werden. Die Unternehmer können dies sehr wohl verkraften. Kein Gehalt, keine Rente, keine Beihilfe, insbesondere für Behinderte, darf unter dieser Summe liegen.

Sämtliche unsicheren Arbeitsverträge müssen in unbefristete Verträge umgewandelt werden.

Die Lohnerhöhung muss finanziert werden, indem man sich der Einkünfte des Kapitals bedient. Es gibt keinen Grund dafür, dass die Dividenden 2006 im Durchschnitt um 25% erhöht wurden, während man die Löhne einfriert!

Schließlich müssen sämtliche von Balladur und Fillon getroffenen Maßnahmen gegen die Rentner zurückgenommen werden. Die steigende Zahl der Rentner im Vergleich zu der der Werk tätigen anzuführen, um die Kürzung der Renten und die Anhebung des Rentenalters zu rechtfertigen, ist ein Betrug. Da die Produktivität seit einem halben Jahrhundert beachtlich gestiegen ist, ist es möglich, die Renten zu erhöhen, unter der Bedingung, dass die Früchte des Fortschritts nicht von den Besitzern des Kapitals alleine einkassiert werden.

Nicht mit dem Personalwechsel im Elyseepalast rechnen!

Weder Nicolas Sarkozy noch Ségolène Royal noch François Bayrou schlagen eine Politik vor, die den Bedürfnissen der Bevölkerung Rechnung trägt, was die drei lebenswichtigen Probleme betrifft: Arbeitslosigkeit, Lebenshaltungskosten und Wohnungsnot.

Nicolas Sarkozy ist der Mann der großen Konzerne und die arbeitende Bevölkerung hat nichts Gutes von ihm zu erwarten. Seine einzige Sorge ist, den Besitzenden die besten Bedingungen zu bieten, um ihr Kapital aufzuwerten und ihr Einkommen zu steigern.

Doch den Überfluss der Besitzenden noch zu steigern bedeutet, von dem zu nehmen, was für die Bevölkerung notwendig ist, wenn nicht gar lebenswichtig!

Was Ségolène Royal betrifft, manche ihrer Vorschläge – falls sie nicht leere Versprechungen bleiben – können als Verbesserungen einiger Probleme erscheinen. Aber sie schlägt nichts vor, was die Arbeitslosigkeit beseitigen, den allgemeinen Lebensstandard erhöhen und das Problem der Wohnungsnot lösen könnte für die, deren Einkommen niedrig sind.

Nicolas Sarkozy ist das Sprachrohr der großen Besitzer. Ségolène Royal will ihnen nicht die Stirn bieten. Weder der eine noch die andere, noch ihr Konkurrent Bayrou können annehmbare Lösungen für die entscheidenden Probleme der heutigen Zeit liefern.

Das Prinzip dieser Kandidaten ist es, das Eigentum der Konzerne und der Banken zu respektieren. Ihr aller Prinzip besteht darin, Maßnahmen vorzuschlagen, die im Rahmen des Budgets bleiben, wie es derzeit ist. Aber wenn man in diesem Rahmen bleibt, drehen sich die vorgeschlagenen Maßnahmen im Kreis und können keinerlei Hoffnung auf Änderung für die Bevölkerung bringen.

So ist es unbedingt notwendig, diesen Rahmen zu sprengen, nicht zu zögern, die diktatorische Macht der Kapitalbesitzer über die Unternehmen in Frage zu stellen und das Budget neu auszurichten, und zwar nach den Bedürfnissen der Mehrheit der Bevölkerung, und nicht nur nach denen der Profite der Unternehmen und der Einkünfte der Kapitalbesitzer!